

Ind. 2/2012

Politische EntschlieÙung

Vom Gründungskongress der industriAll European Trade Union

am 16.05.2012 in Brüssel verabschiedet

Noch nie gab es in der Geschichte der europäischen Integration eine vergleichbare krisenhafte Situation, wie wir sie heute vorfinden. Diese Krise der Europäischen Union ist das Ergebnis falscher politischer Weichenstellungen, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa nicht zu verantworten haben, aber deren Auswirkungen sie in erheblichem Maße spüren. Die neoliberale Ideologie, der zufolge die „unsichtbare Hand“ des Marktes gesamtwirtschaftliche Stabilität garantiert und damit dem Gemeinwohl diene, ist spätestens mit der Ausweitung der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Staatshaushalte der Mitgliedsländer widerlegt.

Was wir brauchen, ist eine Rückbesinnung auf die Menschen, deren Lebensqualität und Wohlergehen es mit guten, sicheren und nachhaltigen Arbeitsplätzen zu steigern gilt. Sie sollten keiner Politik unterworfen sein, die nur den Interessen von Unternehmen und Finanzmarktakteuren dient. Eine solche Schiefelage ist in erheblichem Maße für die Krise mitverantwortlich und muss beendet werden. Nur so kann die Krise eingedämmt und eine vertiefte Integration Europas ermöglicht werden. Die weitere politische, wirtschaftliche und soziale Integration Europas steht am Scheideweg. Die wirtschaftlichen Freiheiten dürfen nicht über die sozialen Freiheiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa gestellt werden. Wir fordern die Verwirklichung eines sozialen Europas und einer echten politischen Union, die die volle demokratische Legitimation genieÙt.

Europa braucht einen Mentalitätswechsel. Die Gesellschaft altert in vielen europäischen Ländern und die höheren Ausgaben für die Gesundheits- und Sozialfürsorge müssen finanziert werden. Zur Bewältigung dieser Herausforderung müssen wir unsere Produktions- und Verbrauchsmuster anpassen.

Die Gewerkschaften Europas haben den Integrationsprozess nach den verheerenden Erfahrungen des 2. Weltkriegs nicht nur befürwortet, sondern als handelnde Akteure aktiv begleitet. Das gilt insbesondere für die Industriegewerkschaften. Um der Stimme der europäischen Arbeitnehmer ein stärkeres Gewicht zu geben und unserer Vision eines sozialen, industriellen und regulierten Europas besser zum Ausdruck zu bringen, haben wir uns entschlossen, eine starke neue Organisation zur Verteidigung der Interessen der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bilden.

Wir, die Gewerkschaften des industriellen Sektors Europas, treten vehement für eine Neuregulierung wirtschaftlicher und finanzmarktpolitischer Akteure ein. Wir prangern den Wahn der neoliberalen Ideologen an. Wir stemmen uns gegen die vorherrschende Austeritätspolitik als primäres Mittel zur Bewältigung der Krise, da die Auswirkungen ineffizienter Maßnahmen überall erkennbar sind. Wir erheben unsere Stimme gegenüber den EU-Institutionen, um dem sozialen Europa im Sinne der Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer endlich Gehör zu verschaffen und ein gerechtes, demokratisches und solidarisches Europa zu verwirklichen

In dieser EntschlieÙung erklären die Gründungsmitglieder der industriAll European Trade Union, ihre Kräfte zu bündeln, in dem Streben nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und sicheren Arbeitsplätzen für alle europäischen Industriearbeiter. Die letzten Krisenjahre haben deutlich gezeigt, dass in der globalisierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts eine starke, entschlossene und breit aufgestellte europäische Gewerkschaftskoalition zur Sicherung und zum Schutz der Interessen der Arbeitnehmer der europäischen verarbeitenden Industrie dringend notwendig ist.

In diesem Sinne unterstützt die industriAll European Trade Union Millionen von Arbeitnehmer bei der Verteidigung ihrer Grundrechte. Alle Regierungen in Europa, insbesondere in der Türkei und in mehreren südosteuropäischen Ländern, werden dazu aufgerufen, die Rechte der Arbeitnehmer und die Menschenrechte zu garantieren und zu sichern. Die industriAll European Trade Union wird Kampagnen diesbezüglich mit geeigneten Maßnahmen unterstützen.

Die Globalisierung schafft – was die Arbeitsbedingungen und insbesondere die damit verbundenen Rechte betrifft – immer größer werdende gegenseitige Abhängigkeiten zwischen allen Regionen und Ländern weltweit. Aus diesem Grund ist für die Gewerkschaftsbewegung von besonderer Bedeutung, sich weltweit mit anderen Arbeitnehmergruppen, deren Rechte angegriffen werden, solidarisch zu zeigen. International erklärte Solidarität bedeutet für uns, sowohl bereits erkämpfte Rechte als auch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu sichern als auch die Ablehnung von Isolierungsstrategien und Sozialdumping.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte weltweit zugleich die Verteidigung des europäischen Sozialmodells bedeutet. Dies gilt insbesondere für die Produktionsverflechtungen internationaler Unternehmen, wobei eine besondere Verantwortung bei den Gewerkschaftsvertretern im Mutterkonzern liegt. Eine der Hauptaktivitäten der dort vertretenen Gewerkschaften muss darin bestehen, die Umsetzung internationaler Rahmenvereinbarungen zu fordern, die zwischen internationalen Gewerkschaftsverbänden zusammen mit ihren Mitgliedern und Unternehmensführungen getroffen wurden. Dies beinhaltet die Bekräftigung der historischen Gewerkschaftsforderung an die Welthandelsorganisation, menschenwürdige Arbeitsbedingungen bei der Produktion jeglicher für den Welthandel bestimmter Güter zu gewährleisten.

Die industriAll European Trade Union vereint Grundstoff-, Produktions- und Energiegewerkschaften aus ganz Europa und wird mit ihren über 7 Millionen Mitgliedern aus rund 230 Mitgliedsorganisationen eine signifikante Größe sein. Wir werden unsere Stärke noch intensiver als Gegengewicht zu den Arbeitgebern und Industrieverbänden in Europa nutzen, insbesondere wenn es um die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der Industrie gegenüber der Europäischen Union und ihren Institutionen geht.

Ein starker europäischer Industriegewerkschaftsbund baut auf starken nationalen Gewerkschaften auf. Die industriAll European Trade Union wird ihre Mitgliedsorganisationen

außerdem in ihren Anstrengungen unterstützen, starke Gewerkschaften auf nationaler Ebene aufzubauen.

Die industriAll European Trade Union erkennt, dass Organizing, das Anwerben und Halten von Mitgliedern höchste Priorität in den Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene gegeben werden muss. In Europa gibt es Millionen von nicht organisierten Arbeitnehmern. Arbeitgeber und Regierungen greifen gerade das Recht der Gewerkschaften sich zu organisieren an – „die Nicht-Organisierten zu organisieren“ ist deshalb für den Erfolg der europäischen Gewerkschaftsbewegung entscheidend.

Die Industrie ist und bleibt das Fundament der europäischen Wirtschaft und die Stärke unserer Gewerkschaften. Die verarbeitende Industrie ist bei der Schaffung von wirklichem Wohlstand der zentrale Faktor. Die europäische Industrie zählt über 34 Millionen Beschäftigte. Auf sie entfallen drei Viertel der EU-Exporte sowie mehr als 80 % der F&E-Ausgaben. Sie trägt wesentlich dazu bei, den Wohlstand der europäischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu sichern und ist der „Motor“ der europäischen Wirtschaft. Darüber hinaus dient die Industrie als Antrieb für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor. Die Industrie war und wird auch in Zukunft die Grundlage für Wachstum und Wohlstand in Europa sein und muss von den europäischen Entscheidungsträgern auch wieder als solche verstanden werden. Die Industrie selbst ist für die Nachhaltigkeit der Produktion verantwortlich. Der Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft wird nur möglich sein, wenn die Industrie hierzu ihren Beitrag leistet. Sie ist es, die Lösungen zur Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Verbrauch immer knapper werdender Rohstoffe, zur Verringerung von Treibhausgasen, zur Gewährleistung einer effizienten Produktion erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz bereitstellen muss. Die Industrieproduktion erfordert zuverlässige und stabile Rahmenbedingungen, um die wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Standards, die das „europäische Modell“ ausmachen, auszubauen und damit unsere soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung zu ermöglichen.

Jede Änderung des Wirtschafts- und Sozialmodells muss den Interessen aller europäischen Bürger Rechnung tragen sowie auf demokratischen und sozialen Grundsätzen beruhen. Wir bestehen deshalb auf der vorbehaltlosen Anerkennung unserer gewerkschaftlichen Rechte und Positionen, insbesondere, einziges legitimes Arbeitnehmervertretungsorgan in Tarifverhandlungen zu sein. Das Streikrecht der Arbeitnehmer muss respektiert werden. Wir fordern, dass allen Arbeitnehmern menschenwürdige Löhne gezahlt werden, unabhängig von ihrem Platz in der Zulieferkette. Wir werden daher unsere transnationalen Netze ausbauen, um die Gewerkschaftsrechte europaweit zu verteidigen und zu fördern.

Die Lebensbedingungen der Arbeitsmigranten sind ein ernstes Problem im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben. Die industriAll European Trade Union kämpft für die Rechte von Arbeitsmigranten, setzt sich für die Solidarität zwischen den einheimischen Arbeitnehmern und den Arbeitsmigranten ein und garantiert einen gemeinsamen Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir verurteilen außerdem den weltweit zunehmenden Rassismus und Fremdenhass auf das Schärfste und verteidigen Brüderlichkeit und Internationalismus.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit – und daher in all unseren Tätigkeitsbereichen - steht das Ziel, menschenwürdige und sichere Arbeitsplätze zu sichern.

Wir werden die durch den Zusammenschluss der Mitgliedsorganisationen der europäischen Industriegewerkschaften geschaffenen Synergien dazu nutzen, prekäre Arbeitsverhältnisse und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und darauf drängen, dass alle Arbeitnehmer in Europa die Möglichkeit haben, ein menschenwürdiges Einkommen zu verdienen. Wir lehnen jede Form von Diskriminierung ab und unternehmen konkrete Schritte, um darüber hinaus die Repräsentanz von Frauen in unserer Organisation zu erhöhen.

Arbeitnehmerinnen leiden am meisten unter den Folgen der politischen und wirtschaftlichen Krisen des kapitalistischen Systems. Sie müssen für niedrigere Löhne arbeiten, sie sind mit Mobbing und verschiedenen Arten von Diskriminierung am Arbeitsplatz konfrontiert und werden eher entlassen als männliche Arbeitnehmer. Arbeitnehmerinnen sind diejenigen, die gezwungen waren zu Hause zu bleiben, um sich um die Familie zu kümmern, und sie sind auch diejenigen, die unter prekären Bedingungen beschäftigt werden. Die industriAll European Trade Union wird geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Einbeziehung der Frauen innerhalb der industriAll European Trade Union und ihren Tätigkeiten zu verbessern.

Bei der Schaffung von wirklichem Wohlstand ist die verarbeitende Industrie von zentraler Bedeutung. Es ist für uns deshalb von außerordentlicher Bedeutung, dass diesem Umstand im Rahmen des Wechselspiels von Real- und Finanzwirtschaft Rechnung getragen wird. Industriearbeitsplätze müssen vor den systematischen Risiken des Bankensektors geschützt werden. Dies erfordert eine weitreichende Neuregulierung des Finanzsektors, um eine erneute Krise wie die der letzten Jahre zu verhindern. Der Finanzsektor muss den Interessen der Industrie dienen und nicht umgekehrt.

In diesem Sinne vereinbaren die Gründungsmitglieder die folgende EntschlieÙung mit den politischen Zielen für die vier wichtigsten Politikbereiche des neuen Verbandes:

1. Vision der Industriearbeitnehmer für eine nachhaltige europäische Industrie

Wir sind davon überzeugt, dass Europa sich intensiver um die Sicherung und Stärkung der industriellen Basis kümmern muss. Europa muss sich für die Industriearbeitsplätze einsetzen und gleichzeitig die Transformation der Produktionsprozesse hin zu nachhaltigen Wertschöpfungsketten vorantreiben. Dazu ist eine umfassende, nachhaltige und einheitliche europäische Industriepolitik notwendig, die für eine Weiterentwicklung der Industrien sorgt. Die Industrie und industrienahen Dienstleistungen werden auch in Zukunft der Schlüssel für die Schaffung von Wohlstand, Arbeitsplätzen und Innovationen sein, insbesondere bei der Realisierung von Ressourcen- und Energieeffizienz und umweltfreundlichen Lösungen als auch bei der Anhebung der Sozialstandards. Die europäische Industriepolitik muss den Wandel mit geeigneten Finanz- und Regulierungsinstrumenten sowie durch mehr Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Festlegung der Industrie- und Beschäftigungspolitik auf sozial verantwortliche Weise antizipieren und bewältigen. Dies ist aber kein Selbstläufer, dafür müssen branchenspezifisch wie branchenübergreifend ausgerichtete industriepolitische Instrumente entwickelt werden, die sich an der Schaffung und Sicherung guter Arbeitsplätze in der europäischen Industrie über die gesamte Wertschöpfungskette messen lassen müssen. Ohne konstruktiven sozialen Dialog und dem entwickelten Recht auf

Tarifverhandlungen kann es kein soziales Europa geben. Die bestehenden sektoralen Sozialdialoge verstehen wir als Good-Practice-Beispiele für die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern. Weitere Schritte in Richtung einer aktiven Beteiligung bei der politischen Gestaltung des industriepolitischen Rahmens sind notwendig. Wir sind fest überzeugt, dass es nur mit einem effektiven sozialen Europa möglich ist, die Begeisterung der Bürger für das europäische Ideal wieder anzufachen und antieuropäische Ressentiments einzudämmen.

Die Sozialstaaten haben starke Einschnitte hinnehmen müssen, während die Entwicklung des sozialen Europas praktisch zum Stillstand gekommen ist und die Liberalisierung der Arbeitsmärkte zu einer Zunahme atypischer und prekärer Beschäftigung geführt hat. Die schwindende Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherheit hat das Verbrauchervertrauen belastet. Kaufkraft und Binnennachfrage haben ebenfalls unter der Fokussierung auf Kostensenkung gelitten. Darüber hinaus haben sich mit dem weitverbreiteten Sozialdumping die Qualifikationsdefizite verschärft, die Investitionstätigkeit verringert und der Zugang zu Krediten wurde erschwert.

Die europäische Industrie muss auf die globalen Megatrends zu verbesserter Ressourcen- und Energieeffizienz vorbereitet sein und dementsprechend nachhaltige Mobilitätskonzepte entwickeln und die Anpassung an den demografischen Wandel durch technologische Lösungen erleichtern. Ohne eine starke industrielle Basis wird Europa nicht in der Lage sein, diesen Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen, und auch den aktuellen Lebensstandard nicht halten können. Die politischen Entscheidungsträger müssen sich endlich wieder auf die Realwirtschaft konzentrieren. Jetzt ist die Zeit gekommen, unsere Kräfte zu vereinen und gemeinsam für die Erhaltung und Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in der europäischen Industrie zu kämpfen. Wir benötigen dringend koordinierte und nachhaltige sozial-, wirtschafts- und industriepolitische Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage, zum Erhalt und zur Schaffung von Beschäftigung, zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Realwirtschaft und zur Wiederherstellung des im Verlauf der Finanzkrise verlorengegangenen Vertrauens der Öffentlichkeit.

Die Wirtschafts- und Industriepolitik sollte daher auf die Entwicklung eines neuen Wachstumsmodells ausgerichtet sein, das auf Innovationen, nachhaltigen Technologien, sicheren und nicht gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen, energie- und ressourceneffizienter Produktion und einer Internalisierung der Umweltkosten entlang der gesamten Wertschöpfungskette basiert. Nach Ansicht der industriAll European Trade Union hat Nachhaltigkeit eine soziale, wirtschaftliche und Umwelt-Dimension. Mit der „sozialen“ Dimension ist gemeint, Verantwortung zu tragen, und zwar sowohl für das Wohlergehen der Arbeitnehmer als auch der Gesellschaft insgesamt, die von den industriellen Aktivitäten betroffen sind.

Aus diesem Grund fordern wir, dass die EU-Strategie Europa 2020 und die Leitinitiative „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“ industriepolitisch angepasst werden. Sie müssen auf den folgenden sechs Grundsätzen beruhen:

1.1. Europa braucht eine starke industrielle und solide soziale Basis, einschließlich:

- Anerkennung der sozialen Dimension der Industriepolitik in der EU-Agenda;
- sozialer Zusammenhalt und die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Absicherung;
- mehr Beteiligung der Arbeitnehmer bei Entscheidungen im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik;
- einer systematischen Überprüfung der industriellen Wertschöpfungsketten durch die Kommission und industriepolitischer Instrumente unter Einbindung der Sozialpartner;
- glaubwürdige Systeme für lebenslanges Lernen;
- Beachtung von Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheit bei Innovationen und F&E-Aktivitäten in der Industrie;
- eine sozialverträgliche aktive Industrie- und Arbeitsmarktpolitik für alle Arbeitnehmer unabhängig von ihrem Arbeitsvertrag;
- effektive und ausreichend finanzierte Bildungssysteme, die alle Anforderungen hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung hochqualifizierter Arbeitnehmer und Hochschulabsolventen in den naturwissenschaftlichen Disziplinen, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik erfüllen, um innovative Produktionsverfahren für Güter und nachhaltige Dienstleistungen in Europa zu fördern.

1.2. Wachstumsorientierte Geld-, Steuer- und Haushaltspolitik, wie z. B. durch:

- Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage;
- die Koordinierung makroökonomischer und industriepolitischer Maßnahmen zur Schaffung hochwertiger Industriearbeitsplätze;
- die Entwicklung und schrittweise Umsetzung einer gemeinsamen Europäischen Wirtschaftspolitik, einschließlich der Harmonisierung der Mindestbesteuerung von Unternehmen in der EU zur Vermeidung von Steuerdumping und zur Eindämmung des Standortwettbewerbs innerhalb der EU;
- Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerflucht;
- die Verlagerung des Fokus der EU-Wirtschaftspolitik von Inflationsbekämpfung und Lohnzurückhaltung auf Stärkung der Kaufkraft und akzeptable Lebensbedingungen;
- die Regulierung der Finanzmärkte durch die Einführung von Maßnahmen wie eine Finanztransaktionssteuer;
- die Steigerung des Wirtschaftswachstums, die Bekämpfung von Spekulation und die Förderung der Beschäftigung durch:

- die Einführung von Eurobonds, um Spekulationen mit der Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten zu unterbinden;
- eine erweiterte Rolle einer demokratisch kontrollierten EZB bei der Stabilisierung der Finanzmärkte und Stimulierung des Produktionswachstums;
- einen europäischen Investitionsplan, der über die Herausgabe von Bonds für Projekte und private/öffentliche Partner finanziert wird, um die europäische Infrastruktur zu stärken (z. B. transnationale Verkehrs- und Energienetze usw.).

1.3. Dringender Handlungsbedarf bezüglich der Rahmenbedingungen für Investitionen im europäischen verarbeitenden Gewerbe:

- Sicherstellung von Krediten für Industriebetriebe, insbesondere KMU;
- Neuausrichtung der europäischen Struktur- und Regionalfonds, um Arbeitsplätze für alle Arbeitskräfte zu schaffen und die industriepolitischen Ziele zu erreichen;
- Engagement für das Ziel, die F&E-Ausgaben im Privatsektor auf 3 % der gesamtwirtschaftlichen Leistung zu erhöhen und sicherzustellen;
- Förderung von F&E im Bereich der Material-, Produktions-, Energie- und Umwelttechnologien, damit Europa seine ehrgeizigen Klimaziele erfüllt und international zu einem in hohem Maße konkurrenzfähigen Vorreiter auf dem Gebiet der nachhaltigen Industrieproduktion avancieren kann;
- gezielte Unterstützung für neue Industrieverfahren und -zweige, insbesondere im Hinblick auf Bio- und Gentechnologie, nachhaltige Energien, neue Werkstoffe und Wirkstoffe sowie Nanotechnologie;
- gezielte Unterstützung für neue Industrieverfahren und -zweige, insbesondere im Hinblick auf Bio- und Gentechnologie, nachhaltige Energien, neue Werkstoffe und Wirkstoffe sowie Nanotechnologie, verbunden mit umfassenden wissenschaftsgestützten Forschungs- und Beratungsaktivitäten zur Folgenabschätzung hinsichtlich Gesundheit und Sicherheit und zur Technikfolgenabschätzung (Technology Assessment);
- Einführung sozialer und ökologischer Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge;
- ein neues Austarieren der Marktmechanismen und Risikoverteilung, um sicherzustellen, dass langfristige Investitionen gegenüber kurzfristigen Spekulationen vorteilig sind.

1.4. Förderung nachhaltiger Entwicklung mit Schwerpunkt auf sozial gerechter Umgestaltung aller Wirtschaftszweige:

- Entwicklung neuer Industriestrategien für die Aufrechterhaltung und nachhaltige Modernisierung der europäischen Industrieeinfrastructure;
- global eingebundene EU-Klimaschutzpolitik, um sicherzustellen, dass die Industrie weltweit ihre Umweltverträglichkeit und -verantwortlichkeit kontinuierlich steigert und gleichzeitig ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhält;
- Bekämpfung von CO₂-Verlagerungen durch kontinuierliche Verbesserung der Umwelleistungen, genaue Beobachtung der EU-Politiken für energieintensive Industrien, aktive Beteiligung an

gemeinsamen F&E-Initiativen und - wenn unvermeidlich - Maßnahmen wie Ausgleichsmechanismen an den Grenzen;

- bei Nichtzustandekommen derartiger Rahmenbedingungen sollte sich die Europäische Union einerseits für ehrgeizige Ziele zur Reduzierung von Emissionen einsetzen, andererseits jedoch vorsichtig und achtsam Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und auf die Beschäftigung austarieren;
- Gewährleistung des Zugangs zu Rohstoffen und deren Recycling auf verantwortungsvolle Weise;
- Stimulierung der Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine verbesserte Energieeffizienz, Qualifizierung der Arbeitnehmer und eine effizientere Ressourcennutzung.

1.5. Die europäische Industrie benötigt eine wirksame und verantwortungsvolle EU-Energiepolitik zur Förderung der Selbstversorgung:

- Massiver weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien, um eine zukunftsfähige, klimaverträgliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen zu erreichen und die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren;
- Einführung europäischer Normen und Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz;
- Förderung eines intelligenten Stromnetzes für die Energieerzeugung in Europa;
- einen nachhaltigen Energiemix zur Gewährleistung von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit;
- Rückgriff, wenn möglich, auf Energiequellen in Europa;
- Neubewertung der Strategie der Kommission zur Liberalisierung der Energiemärkte;
- Stärkung der Rolle der europäischen und einzelstaatlichen Behörden auf den Energiemärkten;
- Einrichtung einer Europäischen Energieagentur und Ausbau der nationalen Planung;
- Initiierung neuer Projekte für die Energieerzeugung, um insbesondere eine nachhaltige Stromversorgung langfristig sicherzustellen;
- Investitionen in verbesserte Energietechnik.

1.6. Faire Wettbewerbsbedingungen müssen Folgendes garantieren:

- die Einhaltung der grundlegenden IAO-Arbeitsstandards;
- einen intensiven Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit in Zusammenarbeit mit der IndustriAll Global Union;

- eine nachhaltige EU- und internationale Handelspolitik, in der einem unfairen Wettbewerb durch Verletzung der Arbeitnehmergrundrechte oder durch unzureichende Nachhaltigkeitsstandards bei der Produktion entgegengewirkt wird;
- hohe Standards für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit;
- Umweltnormen;
- den Schutz von geistigem Eigentum und Wissen;
- eine Strategie für Wachstum und Wohlstand in den Industrie- und Entwicklungsländern;
- wirksame Transfermaßnahmen für Arbeitsplätze im Falle von unternehmerischen Reorganisationen aufgrund der Handelsliberalisierung;
- die Transparenz staatlicher Beihilfen weltweit.

Um die beschriebenen Ziele in Europa umzusetzen, bedarf es einer aktiven gewerkschaftspolitischen Industrie- und Branchenpolitik. Zur Sicherung der Standorte und der Beschäftigung ist es von größter Bedeutung für Europa, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aktiv in die Gestaltung der Industriepolitik auf allen Ebenen einbezogen werden – europäisch, national, regional, sektoral und betrieblich. Europa braucht mehr als nur gemeinsame Projekte für die Zukunft, es braucht konkrete Projekte, für die sich die Menschen engagieren können und die sie inspirieren.

Das primäre Ziel des Europäischen Industriegewerkschaftsbundes ist die interessenbezogene Politikbeeinflussung durch branchenübergreifende Industriepolitik und sektorale Branchenpolitik. Es geht um eine aktive gewerkschaftliche Dialogkultur mit den Arbeitgebern. In verschiedenen Branchen hat der Sozialdialog zu konkreten Ergebnissen geführt. Dies hat Auseinandersetzungen in der Sache explizit eingeschlossen. Daneben wird eine eigenständige, arbeitnehmerbezogene gewerkschaftliche Industrie- und Branchenpolitik gegenüber den europäischen Institutionen forciert. Die Arbeitnehmerbeteiligung wird daher ein Eckpfeiler der europäischen Industriepolitik der kommenden Jahre sein.

2. Aktive Unternehmenspolitik für nachhaltige Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen

Die Arbeitnehmerbeteiligung auf Unternehmensebene ist ein Grundpfeiler des europäischen Sozialmodells. Die Rechte auf Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung sowie Tarifverhandlungen auf betrieblicher und/oder sektoraler Ebene sind von entscheidender Bedeutung, um die Arbeitnehmerinteressen voranzubringen und nachhaltige und hochwertige Arbeitsplätze zu fördern.

Die Arbeitnehmerbeteiligung ist zudem der Schlüssel zur Gewährleistung der langfristigen Nachhaltigkeit der Unternehmen. Unternehmen sind eindeutig widerstandsfähiger und robuster, wenn ihre Arbeitnehmer durch Rechte auf Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene aktiv eingebunden sind.

Die Förderung nachhaltiger Entwicklung auf Unternehmensebene bedeutet auch Antizipation und Bewältigung des Wandels auf sozial verantwortliche Weise.

Der Druck auf die Arbeitnehmer in der verarbeitenden Industrie hat europaweit zugenommen. Die industriAll European Trade Union stellt sich gegen Unternehmensstrategien, die dazu führen, dass Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden, die Sozialdumping und prekäre Arbeit zur Folge haben und soziale und Gewerkschaftsrechte untergraben. Für eine nachhaltige Erholung und zur Schaffung der Voraussetzungen für Wachstum und sozialen Zusammenhalt in Europa bedarf es der Förderung eines neuen Wachstumsmodells, das auf Innovation, Reindustrialisierung, nachhaltigen Technologien sowie energie- und ressourceneffizienter Produktion basiert, um so den neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden und die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Um den Übergang zu nachhaltigem Wachstum auf Unternehmensebene erfolgreich zu bewerkstelligen, bedarf es Investitionen in Technologien und Produkte wie auch Investitionen in Menschen im Rahmen der Förderung von Maßnahmen für berufliche Bildung und lebenslanges Lernen. Qualifikationen sind entscheidend für die demokratische Teilhabe in Unternehmen.

Zur Erreichung seiner Ziele setzt sich die industriAll European Trade Union für die Förderung auf europäischer Ebene koordinierter Politiken und Strategien ein, die die Arbeitnehmer und ihre Vertreter besser für die transnationalen Strategien multinationaler Unternehmen wappnen sollen.

2.1. Entwicklung des Rechts auf Anhörung und Unterrichtung der Europäischen Betriebsräte (EBR)

Die Arbeitnehmervertreter müssen ein weitreichendes Mitspracherecht bezüglich der Unternehmensstrategie haben, um die Interessen der Arbeitnehmer und sichere Arbeitsplätze zu verteidigen und voranzubringen sowie eine nachhaltige Unternehmensentwicklung voranzutreiben. Daher müssen sie rechtzeitig unterrichtet und angehört werden, um eine aktive Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen zu können. Die EBR-Mitglieder sollten in der Lage sein, die verschiedenen lokalen Strategien untereinander zu koordinieren, damit diese sowohl auf lokaler als auch auf europäischer Ebene wirksam sind. Die industriAll European Trade Union ist der Auffassung, dass die neue EBR-Richtlinie diesbezüglich neue Möglichkeiten schafft. Sie eröffnet Wege, den Einfluss auf industrielle und strategische Entscheidungen auszubauen, nachhaltige Arbeitsplätze zu fördern und die Antizipation bzw. Bewältigung des Wandels zu verbessern.

Zielsetzung unserer Unternehmenspolitik muss es sein, durch die grenzüberschreitende Unterstützung der Mitgliedsorganisationen die EBR in die Lage zu bringen, eine effektive Brücke zwischen den Ländern zu schlagen: im EBR können und müssen die jeweils örtlichen Strategien und Handlungsspielräume der Arbeitnehmerinteressenvertretungen optimal und zum Wohle der gesamteuropäischen Belegschaft abgestimmt werden.

Die industriAll European Trade Union wird:

- die Verhandlungen und Neuverhandlungen von EBR-Vereinbarungen fördern;
- Strategien entwickeln, um das volle Potenzial der neuen EBR-Richtlinie zu nutzen;
- die gewerkschaftliche Koordinierung der EBR verstärken, insbesondere durch Weiterbildung und aktiven Austausch von Wissen und bewährten Praktiken;
- für Schulung, Unterstützung und Stärkung des Netzwerks der EBR-Koordinatoren sowie für eine bessere Einbeziehung dieser in die industriAll-Branchenaktivitäten sorgen;
- die Betreuung der EBR durch mehr Unterstützung für die Koordinatoren verbessern;
- die EBR-Arbeit unterstützen und ausbauen durch Einflussnahme auf die Agenda der EBR im Einklang mit der industriepolitischen Strategie der industriAll European Trade Union und durch bestmögliche Nutzung des neuen Rechts auf Schulung für EBR.

2.2. Förderung der Mitbestimmung in Europäischen Gesellschaften (SE)

Die Arbeitnehmermitbestimmung in SE-Entscheidungsgremien ist ein wichtiges Instrument, um den Einfluss der Arbeitnehmer auf die Unternehmensführung zu erhöhen und ihre Interessen in den Unternehmen voranzubringen. In unserer Verhandlungsstrategie zu den

SE-BR gelten dieselben politischen Mindeststandards wie für die EBR. Unser Ziel ist, die Arbeitnehmermitbestimmung in allen europäischen Ländern zu stärken und weiterzuentwickeln. In Artikel 17 der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer wurde bereits festgelegt, dass die Arbeitnehmermitbestimmung weiterentwickelt werden muss.

Die industriAll European Trade Union wird:

- aktiv für die Festschreibung der Arbeitnehmermitbestimmung in SE eintreten;
- sich dafür einsetzen, ein hohes Niveau der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsbeteiligung in den Vorstands- und Aufsichtsgremien sicherzustellen;
- sich außerdem dafür einsetzen, die Strukturen und Rechte im Zusammenhang mit der Arbeitnehmermitbestimmung auf Unternehmensebene in allen Ländern zu stärken und strategische Bündnisse der Arbeitnehmervertretungen auf allen Unternehmensebenen zu fördern.

2.3. Aufbau gewerkschaftlicher Koordinierung in multinationalen Unternehmen

Die gewerkschaftliche Koordinierung in multinationalen Unternehmen ist entscheidend, um ein gemeinsames Engagement für Maßnahmen zu fördern, gemeinsame Strategien zu entwickeln und zu verhindern, dass Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden, wie auch um über gemeinsame Aktionen auf europäischer Ebene zu entscheiden.

Die industriAll European Trade Union wird:

- konkrete Maßnahmen ergreifen, insbesondere im Falle von transnationalen Umstrukturierungen, um den Prozess der Vertrauensbildung und Schaffung einer gemeinsamen Basis zu fördern;
- die gewerkschaftlichen Koordinierungsgruppen, die in Zusammenarbeit mit den EBR ein ideales Forum sind, nutzen, um die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerstrategien aufeinander abzustimmen und gemeinsame Maßnahmen zu beschließen und so dazu beizutragen, für alle Seiten faire Lösungen zu entwickeln.

2.4. Fokus auf Antizipation und Bewältigung des Wandels

Der Wandel muss besser antizipiert und auf Betriebsebene gesteuert werden, um eine nachhaltige Unternehmensentwicklung sicherzustellen und negative Folgen des Wandels für Arbeitnehmer und Beschäftigung zu verhindern.

Die industriAll European Trade Union wird:

- innovative Praktiken für eine bessere Antizipation und Bewältigung des Wandels fördern;
- die Rechte auf Unterrichtung/Anhörung/Mitbestimmung und die Verhandlung europäischer Rahmenvereinbarungen nutzen, um antizipierende Maßnahmen und die Anpassung an den Wandel zu verbessern;

- die Pflege und Weiterentwicklung von Kompetenzen und Fachkenntnissen fördern, einschließlich der Neubesetzung von aufgrund von Renteneintritt vakant gewordener Stellen und Berufsausbildung;
- weiterhin die Ausweitung qualifikationsförderlicher und gesundheitserhaltender Arbeitsplätze fördern;
- die Anpassung an den Wandel und dessen Bewältigung entlang der Wertschöpfungskette auf sozial verantwortliche Weise voranbringen. Dabei müssen insbesondere innovative Verfahren entwickelt werden, um die Arbeitnehmerrechte entlang der Wertschöpfungskette, besonders zwischen Hauptauftragnehmern und Unterauftragnehmern, zu verbessern.

2.5. Verhandlungen über europäische Rahmenvereinbarungen

Die Verhandlungen über europäische Rahmenvereinbarungen sind der Schlüssel zur aufwärts gerichteten Harmonisierung der Arbeitsbedingungen und zur Gewährleistung von Lösungen, die für alle Seiten fair sind.

Die industriAll European Trade Union wird:

- das von der industriAll European Trade Union angenommene interne Mandatsverfahren für Verhandlungen auf Unternehmensebene anwenden. Dies legt klare und demokratische Regeln für Verhandlungen in multinationalen Unternehmen fest und stellt sicher, dass gewerkschaftliche Rechte, wie z. B. Tarifverträge, eingehalten werden. Es wird erwartet, dass dieses Verfahren von den Gewerkschaften auf europäischer Ebene immer eingehalten wird.
- die Verhandlungen über internationale Rahmenvereinbarungen durch die IndustriAll Global Union im Einklang mit deren Leitlinien unterstützen und ggf. begleiten, wobei alle betroffenen Mitgliedsorganisationen eingebunden werden.
- Vereinbarungen hinsichtlich der sozialen Verantwortung der Unternehmen, die Europäische Sozialcharta, die OECD-Richtlinien für internationale Unternehmen und die IAO-Abkommen hinsichtlich europäischer oder internationaler Rahmenvereinbarungen fördern.

2.6. Förderung von Gewerkschaftsrechten

Die Gewerkschaftsrechte stehen überall unter Beschuss, besonders dramatisch ist die Situation jedoch in der Türkei sowie in einigen Ländern und Unternehmen in Ost- und Südosteuropa.

Die industriAll European Trade Union wird:

- EBRs, die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und Gewerkschaften in den europäischen Hauptsitzländern der Unternehmen dazu nutzen, Gewerkschaftsrechte über die gesamte Produktionskette zu fördern.
- die Verteidigung der Gewerkschaftsrechte zu einem festen Bestandteil der gewerkschaftlichen Strategie

14

machen, wenn es um den Umgang mit Unternehmensmaßnahmen sowie Verhandlungen und soziale Auswirkungen von Unternehmensmaßnahmen geht.

3. Tarifverhandlungen und Sozialpolitik

Die Hauptziele unserer Tarifverhandlungsstrategie bleiben die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer, die Koordinierung der nationalen Tarifpolitiken sowie die Weiterentwicklung, Verstärkung und Förderung einer aktiven europäischen tarif- und sozialpolitischen Agenda, die auf eine aktive Lohnpolitik ausgerichtet ist. Zur Erreichung dieser Ziele muss unbedingt die Tarifbindung erhöht werden. In den letzten Jahren waren die Gewerkschaften in Europa mit einem Rückgang der tarifvertraglichen Deckungsrate und einer negativen Lohndrift konfrontiert.

In der Industrie hat sich in den letzten Jahrzehnten ein tiefgreifender Wandel der Beschäftigungsmuster vollzogen. In allen europäischen Ländern und Industriesektoren war ein enormer und weitreichender Anstieg unsicherer Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen. Es findet eine Aushöhlung der bislang als „regulär“, „Standard-“ oder „typisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen statt, wobei vor allem junge Menschen, Frauen und Migranten von der Entwicklung betroffen sind. Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Folgen hatten und haben immer noch starken Einfluss auf die Tarifverhandlungen und Sozialpolitik in ganz Europa, was sich wesentlich in den Ergebnissen, Strategien, der Grundstruktur der Tarifverhandlungen und der Sozialpolitik – wie sie von Arbeitgebern und Regierungen betrieben wird – niederschlägt. Dies wird von den Arbeitgebern und Regierungen ausgenutzt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und mehr prekäre Arbeitsplätze zu schaffen.

Schon vor der Verabschiedung des „Sixpack“ hatte die EU-Kommission einen Screening-Prozess – das sogenannte Europäische Semester – in Bezug auf die nationalen Haushaltspläne der Mitgliedstaaten begonnen. Die EU-Kommission und der Rat geben in diesem Rahmen detaillierte Empfehlungen an die verschiedenen Mitgliedstaaten – vor allem an Länder mit hohen Finanzdefiziten – wie zum Beispiel Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor, die Abschaffung der Lohnindexierung und Präferenz für dezentrale Lohnverhandlungen auf Betriebsebene. Das bedeutet, dass die sogenannte Economic Governance – trotz des Beschlusses des Europäischen Parlaments – bereits in Tarifverhandlungssysteme und Tarifvereinbarungen eingegriffen hat und auch in Zukunft eingreifen wird, wenn die EU-Empfehlungen unbedacht von den einzelnen EU-Ländern in nationales Recht umgesetzt werden, ohne dass eine ordnungsgemäße Anhörung und Konsultation der Sozialpartner stattfindet, was zur Umgehung oder sogar Änderung nationaler Tarifverhandlungssysteme führen kann. Wir weisen diese neoliberalen Angriffe auf freie Tarifverhandlungen und bestehende Tarifsysteme vehement zurück und werden ihnen standhalten. Es ist jedoch – auch unter Gewerkschaftsmitgliedern – die Meinung vorherrschend, dass es gilt, diesem Prozess Einhalt zu gebieten und eigene Strategien zu entwickeln, um dieses Dilemma zu überwinden.

Wir müssen deshalb weiter daran arbeiten, unsere Maßnahmen sichtbarer zu machen und näher an unseren Mitgliedsorganisationen, einschließlich der Interessen der steigenden Zahl an Mitgliedern aus der Gruppe der Angestellten, auszurichten. Starke nationale Gewerkschaften, eine starke industriAll European Trade Union und europaweit koordinierte

Tarifverhandlungsstrategien sind immer noch die beste und erfolgversprechendste Antwort auf die Gefahr von sozialem Wettbewerb, Lohndumping, einer Abwärtsspirale bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen und Gesundheits- und Sicherheitsrisiken. Wir müssen im Rahmen eines koordinierten Ansatzes aller Politikbereiche die Gewerkschaften in Europa und ihre Kampagnenstrategien für besser organisierte Arbeitnehmer unterstützen, ohne dabei jedoch die neueren und traditionell schwächer organisierten Sektoren zu vergessen.

Zur Erreichung dieser politischen Ziele sind folgende Grundsätze zu beachten:

3.1. Lohnpolitik

Die Koordinierung der Tarifverhandlungen in Europa wird immer wichtiger. Während in der Vergangenheit hauptsächlich negative Lohnentwicklungen das Problem waren, sind jetzt die von nationalen Regierungen und transnationalen Organisationen wie der Europäischen Kommission und dem Internationalen Währungsfonds auferlegten Einschränkungen zu berücksichtigen. Die Konsolidierungsprogramme der verschuldeten EU-Länder führen zu drastischen Einschnitten bei den Löhnen/Gehältern und der Abschaffung der Tarifverhandlungen.

Wir müssen:

- eine aktive Lohnpolitik mit dem Ziel kräftiger Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Inflationsrate verteidigen, so dass sich Produktivitätsgewinne weiterhin im Einkommen der Arbeitnehmer niederschlagen;
- unsere europäische Lohnkoordinierungsstrategie fortführen und stärken;
- die Wirksamkeit der Lohnkoordinierungsregel untersuchen, um sie ggf. entsprechend zu stärken und effizienter zu gestalten;
- die Tarifbindung erhöhen und verteidigen;
- den Niedriglohnsektor in Europa durch Tarifverhandlungen und/oder gesetzliche Regelungen – z. B. zum Mindestlohn – im Einklang mit den geltenden Praktiken in den einzelnen Ländern eindämmen;
- die Humanisierung der Arbeitswelt und Modelle zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben fördern.

3.2. Arbeitszeit

Die Organisation und Regelung der Arbeitszeit stehen auf der tarifpolitischen Agenda weiter ganz oben und sind ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Wir müssen:

- den Prozess der möglichen Einführung einer neuen Arbeitszeitrichtlinie (AZR) und/oder die Verhandlungen diesbezüglich verfolgen;
- prüfen, wie die Arbeitszeitcharta verbessert und gestärkt werden kann;

- Arbeitszeitlösungen zur Gewährleistung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben finden;
- Kurzarbeit, Solidaritätsverträge und Arbeitszeitreduzierung als mögliche Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise weiter erkunden und fördern (ohne negative Auswirkungen für die Berechnung der Renten).

3.3. Prekäre Beschäftigung

Prekäre Beschäftigung untergräbt die übliche industrielle Beschäftigung und zugleich Qualifikationen, Löhne und Arbeitsbedingungen sowie unsere gewerkschaftliche Durchsetzungskraft. Ein begrenzter Rückgriff auf flexible Beschäftigung ist notwendig, um auf ein hohes Arbeitsaufkommen bzw. einen sehr saisonalen Arbeitsbedarf zu reagieren. Die industriAll European Trade Union muss jedoch prekäre Arbeit bekämpfen.

Wir müssen:

- die Vergabe von unbefristeten Arbeitsverträgen mit einem Arbeitgeber fördern;
- prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpfen;
- den Einsatz von Leiharbeitern auf ein absolutes Minimum begrenzen;
- die Vergabe von Leiharbeits- und befristeten Verträgen begrenzen;
- den breitflächigen Einsatz unfreiwilliger Teilzeitverträge zurückweisen und das Recht der Arbeitnehmer fördern, von einem Teilzeit- zu einem Vollzeitvertrag überzugehen, wenn sie dies wünschen;
- Scheinselbständigkeit und Null-Stunden-Verträge zurückweisen.

3.4. Europäische Rahmenvereinbarungen

Die Aushandlung und Durchführung europäischer Rahmenvereinbarungen auf Unternehmensebene ist für unsere Gewerkschaften ein immer wichtigeres Instrument.

3.5. Gemeinsame Forderungen

Wir betrachten die Gemeinsame Forderung bezüglich prekärer Arbeit und des Rechts auf Qualifizierung und Weiterbildung als eine Möglichkeit, die gemeinsamen Standpunkte und Strategien zu stärken und in die Praxis umzusetzen.

Wir müssen:

- die Umsetzung dieser Gemeinsamen Forderungen weiter fördern und im Auge behalten sowie spezielle Veranstaltungen und Evaluierungen organisieren;

- unsere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit anderen europäischen Gewerkschaftsverbänden (EGV), dem IGV und EGB fortführen;
- die Ergebnisse der Gemeinsamen Forderung bezüglich prekärer Arbeit einer ausführlichen Evaluierung unterziehen.

3.6. Sozialpolitische Fragen

Sozialpolitische Fragen sind eng mit der Tarifpolitik verbunden. Wir müssen:

- gesetzgeberische oder strukturelle Initiativen der Kommission im Bereich der Sozialpolitik wie z. B. zu den Themen Flexicurity, Renten, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, Arbeitszeit und Entsendung von Arbeitnehmern genau verfolgen;
- unsere Position bezüglich der Dienstleistungs- und Entsenderichtlinie bekräftigen, um eine Abwärtsspirale von Lohnwettbewerb und Arbeitsbedingungen sowie des Arbeitsmarkts zu verhindern;
- die bestehenden Whistleblowing-Systeme und damit verbundenen Probleme – oft in Ethikkodizes enthalten – untersuchen und Möglichkeiten prüfen, wie Arbeitnehmer vor negativen Folgen dieser Systeme geschützt werden können.

3.7. Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind nicht auf prekäre Arbeitsverträge beschränkt; alle Beschäftigten können sich unabhängig von der Art ihres Arbeitsvertrages in einer prekären Arbeitssituation wiederfinden. Wir betrachten es daher als oberste Priorität, aktiv für den Schutz der industriellen Beschäftigung in Europa einzutreten.

3.8. Instrumente

Zur Erreichung unserer politischen Ziele müssen die folgenden Instrumente entwickelt bzw. optimiert werden:

- **Eucob@n-Netzwerk:** Die Lohnkoordinierung ist von zentraler Bedeutung für unsere Tarifpolitik. Daher ist es wichtig, dass wir alle Aspekte der Koordinierungsregel, einschließlich der negativen Lohndrift und qualitativen Elemente von Tarifvereinbarungen, im Auge behalten. Wir müssen:
 - das Eucob@n-Netzwerk stärken;
 - den Tätigkeitsbereich des Netzwerks auf die Unternehmenspolitik einschließlich wichtiger Verhandlungen auf Betriebsebene ausdehnen;
 - den Eucob@n-Jahresbericht weiterentwickeln.
- **Regionale Tarifnetzwerke:** Diese Netzwerke unterstreichen, dass Tarifverhandlungen nicht länger ausschließlich von nationalem Interesse sind, und spielen bei der konkreten Koordinierung der Tarifpolitik eine wichtige Rolle. Wir müssen daher diesen Teil unserer Strategie stärken und uns einen Überblick über diese regionalen Netzwerke verschaffen und sie entsprechend evaluieren.
- **Das europäische System der Arbeitsbeziehungen:** Wir müssen uns auf die Weiterentwicklung des europäischen Systems der Arbeitsbeziehungen sowie der Initiative der EU-Kommission für ein System transnationaler Kollektivvereinbarungen konzentrieren. Diesbezüglich müssen wir auch unserer Forderung nach einem europäischen Rechtsrahmen – **unter Einhaltung sämtlicher Grundrechte wie auch nationaler Gesetze und Praktiken in diesem Bereich** – für die Tarifverhandlungen und das Streikrecht Nachdruck verleihen.

Die Tarifpolitik bleibt Hauptaugenmerk der Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen unsere Richtlinien und Mindeststandards regelmäßig einer Überprüfung unterziehen und sicherstellen, dass sie im Rahmen der nationalen und europäischen Gewerkschaftsstrategie eine konkrete und aktive Rolle spielen. Dazu müssen wir jedoch – sowohl in operativer Hinsicht wie auch bezüglich der Kommunikation – eine enge Koordinierung zwischen unseren verschiedenen Ausschüssen sicherstellen.

4. Sozialer Dialog auf europäischer Ebene: Kapazitätsaufbau für gemeinsame Maßnahmen, Maximierung der politischen Wirkung, Entwicklung unserer Verhandlungskapazitäten

Die industriAll-Mitgliedsorganisationen sind überzeugt, dass der europäische soziale Dialog große Chancen bietet, die genutzt werden müssen. Er bietet auf sektoraler Ebene den europäischen Gewerkschaftsverbänden und Arbeitgeberverbänden ein Forum für

Diskussionen und Konsultationen bezüglich sektorrelevanter europäischer Maßnahmen. Der europäische soziale Dialog ist für uns vor allem ein Instrument und eine Plattform zur Unterstützung der industriAll-Politik gegenüber den europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbänden sowie den europäischen Institutionen. Die Förderung eines ergebnisorientierten, effizienten und soliden sozialen Dialogs auf europäischer Ebene in unseren Sektoren ist daher einer der Eckpfeiler der industriAll-Arbeit.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass der europäische soziale Dialog oft hinter den Erwartungen der europäischen Gewerkschaften zurückgeblieben ist. Positiv zu bewerten ist, dass sich der soziale Dialog in vielen sektoralen Einzelfällen als industrie- und unternehmenspolitisches Korrekturinstrument erwiesen hat. Negativ zu bewerten ist allerdings, dass er sich bislang kaum als treibende Kraft für die Harmonisierung der Sozialstandards und Arbeitsbedingungen in Europa etabliert hat. Der europäische soziale Dialog hat trotz der im EG-Vertrag klar definierten Rolle nicht dazu geführt, dass die EU-Arbeitsmarktpolitik und EU-Sozialpolitik auf der Grundlage von Verhandlungen zwischen den europäischen Sozialpartnern nachhaltig verbessert wurden.

Trotz der vorhandenen Einschränkungen engagieren wir uns dafür, den sektoralen sozialen Dialog in Europa als ein Instrument für die Einflussnahme auf die europäische Politik, als eine Plattform für gemeinsame Maßnahmen zur Verteidigung der Interessen unserer Sektoren und für den schrittweisen Aufbau von Verhandlungskapazitäten zu nutzen und weiterzuentwickeln. Die Ausschüsse für den sektoralen sozialen Dialog in Europa (ASSD) sind dabei von besonderer Bedeutung. Die industriAll European Trade Union ist derzeit in 11 der 42 bestehenden Ausschüsse offizieller Sozialpartner, und zwar für folgende Sektoren: Metallverarbeitung, chemische Industrie, Bergbau, Gas, Elektrizitätswirtschaft, Stahl, Schiffbau, Papier, Textil und Bekleidung, Gerberei und Leder, Schuhindustrie.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass ein starker sozialer Dialog und von den Sozialpartnern akzeptierte Verhandlungslösungen von entscheidender Bedeutung sind, wenn es darum geht, unsere Industrien durch schwierige Zeiten zu manövrieren. Dies gilt insbesondere für die nationale Ebene, auf der die Sozialpartner in vielen europäischen Ländern politische Antworten auf die Krise ausgehandelt haben. Der Beitrag des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene besteht hingegen darin, die europäische Politik dahingehend zu beeinflussen, einen starken und nachhaltigen Industriesektor mit einem hohen Anteil an hochwertigen Arbeitsplätzen in Europa aufrechtzuerhalten.

In unserer neuen Organisation treffen unterschiedliche Traditionen, Erfahrungen und Fortschritte bezüglich des europäischen sektoralen sozialen Dialogs aufeinander. Wir müssen gemeinsam versuchen, eine neue Dynamik in den sozialen Dialog zu bringen, vor allem in den Branchen, für die noch kein sozialer Dialog besteht.

Der Erfolg des sozialen Dialogs hängt im Wesentlichen vom Engagement der europäischen Arbeitgeberverbände unserer Sektoren ab.

4.1. Verbesserung der Arbeitsweise, Beteiligung und politischen Koordinierung

Der europäische soziale Dialog muss sachdienlich und ergebnisorientiert sein und einen Mehrwert für unsere Mitgliedsorganisationen bringen. Dies erfordert eine aktive Beteiligung,

Engagement und eine Initiatorenrolle der Gewerkschaftsvertreter. Die Aktivitäten im Rahmen des sozialen Dialogs müssen ebenso mit unserer Industriepolitik, unseren Branchenaktivitäten und tarif- und unternehmenspolitischen Strategien in Verbindung stehen.

Die industriAll European Trade Union richtet einen Ausschuss für den sozialen Dialog ein, der als Schnittstelle zwischen den verschiedenen Ausschüssen für sektoralen sozialen Dialog (ASSD) zum Informationsaustausch und zur politischen Koordinierung dient. Bei Querschnittsthemen, die mehrere ASSD betreffen, wie Berufsbildung und sektorbezogene Qualifikationen oder Fragen im Zusammenhang mit energieintensiven Branchen, sollte ein gemeinsamer industriAll-Ansatz verfolgt werden.

Darüber hinaus wird die industriAll European Trade Union Strategiediskussionen mit den Vertretern der politischen, sektoralen und horizontalen Ausschüsse organisieren, um sicherzustellen, dass unsere Aktivitäten im Rahmen des sozialen Dialogs in unserer Politik verankert sind. Es müssen auch Synergien zwischen den industriAll-Aktivitäten im Rahmen des sozialen Dialogs und dem branchenübergreifenden sozialen Dialog auf europäischer Ebene geschaffen werden.

4.2. Sozialer Dialog als Konsultationsinstrument

Die industriAll European Trade Union begrüßt es, dass die beratende Funktion der Ausschüsse für den sektoralen sozialen Dialog vor kurzem gestärkt wurde. Die ASSD haben das Recht von der Europäischen Kommission zu Gesetzesinitiativen im Rahmen von Folgenabschätzungen angehört zu werden. Dies ist eine wichtige Errungenschaft, um bei der Entwicklung von EU-Strategien mit maßgeblichen sozial-, beschäftigungs- oder wettbewerbspolitischen Auswirkungen auf industriAll-Sektoren ein Wort mitreden zu können.

Die industriAll European Trade Union fordert, dass die Kommissionsdienststellen die ASSD zu relevanten Initiativen systematisch informieren und konsultieren, warnt jedoch davor, die ASSD zu technischen Ausschüssen umzufunktionieren. Als Ausdruck ihrer Autonomie sollten die sektoralen Sozialpartner stets in der Lage sein, dieses Instrument flexibel und entsprechend ihren Bedürfnissen zu nutzen. Dabei ist jedoch klar, dass der Einsatz von Zeit und Know-how erhöht werden muss, damit die Teilnahme daran auch wirklich Früchte trägt.

4.3. Verbesserung von Ergebnissen und Wirkung

Die industriAll European Trade Union ist bemüht, die Ergebnisse des europäischen sozialen Dialogs kontinuierlich zu verbessern. Ungeachtet der Bedeutung des Austauschs von Informationen und der Verbreitung von Ideen sollte die Arbeit der ASSD vermehrt in gemeinsamen Maßnahmen, gemeinsamen Positionen und Verpflichtungen münden. Wir werden auch weiterhin an verbindlichen Vereinbarungen arbeiten und an die Arbeitgeberorganisationen appellieren, die erforderlichen Verhandlungskapazitäten zu schaffen.

Ein Follow-up zu den Auswirkungen der Ergebnisse des europäischen sozialen Dialogs auf nationaler Ebene ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Die erzielte Vereinbarung

über den Schutz der Arbeitnehmer vor Quarzstaub sieht ein strenges und verbindliches Überwachungsverfahren für die Umsetzung dieser Vereinbarung auf nationaler Ebene vor. Ein weiteres Beispiel ist die „Europäische Rahmenvereinbarung über Kompetenzprofile für den Beruf des Process Operators und des First Line Supervisors in der chemischen Industrie“, die auf nationaler Ebene umgesetzt werden muss. Beide Beispiele können daher als wichtige Orientierungspunkte dienen.

4.4. Kapazitätsaufbau

Die industriAll European Trade Union ist besorgt darüber, dass gut funktionierende, repräsentative Strukturen für den sozialen Dialog in einigen der neuen Mitgliedstaaten sowie in den Beitritts-, Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländern erst geschaffen werden müssen. Eine der Voraussetzungen für den Erfolg des europäischen sozialen Dialogs ist, dass er auf funktionierende nationale Strukturen und Praktiken des sozialen Dialogs aufbauen kann.

Wir werden uns daher an den vom EGB, der IAO oder EU organisierten Aktivitäten für den Aufbau von Kapazitäten beteiligen und unsere Mitgliedsorganisationen in diesen Ländern unterstützen.

4.5. Tätigkeitsfeld

Die ASSD werden weiterhin in den folgenden Bereichen tätig sein:

- Überwachung von industriellen und Beschäftigungsentwicklungen;
- Konsultation zu relevanten EU-Politiken und Ausarbeitung von Stellungnahmen (z. B. Industrie-, Handels-, Wettbewerbs-, Energie-, Bergbau- und Umweltpolitik, REACH usw.);
- Ausbau und Stärkung der Arbeitnehmermitbestimmung in den Unternehmen sowie der Unterrichts- und Anhörungsrechte auf allen Ebenen;
- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit;
- Image der Branche;
- Demografischer Wandel;
- Soziale Verantwortung der Unternehmen;
- Allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen (einschließlich der sektoralen Kompetenzräte);
- Förderung innovativer betrieblicher Praktiken.

Die Sozialpartner unserer verschiedenen Sektoren werden auch in gemeinsamen Projekten zusammenarbeiten und dafür die EU-Haushaltlinie 01 „Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog“ in Anspruch nehmen.

Die gemeinsame Projektarbeit hilft nicht nur dabei, die Sozialpartnerstrategien in den verschiedenen Sektoren zu verbreiten, sie kann auch dazu dienen die Qualität des

europäischen sozialen Dialogs, Engagement, Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern auszubauen.

4.6. Rolle der Europäischen Kommission

Dauerhafte finanzielle und administrative Unterstützung durch die Europäische Kommission ist von entscheidender Bedeutung für die Arbeit der ASSD. Die industriAll European Trade Union plädiert für eine Erhöhung der Kommissionsmittel. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Europäische Kommission die Autonomie der Sozialpartner uneingeschränkt respektiert.